

E 94-NR/XXII. GP

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 31. März 2005

betreffend Ja zur Schulgeldfreiheit

Die Bundesregierung wird ersucht, ihre ablehnende Haltung zur Einführung von Schulgeld beizubehalten und weiterhin dafür einzutreten, dass im Grundrechtskatalog der neuen Verfassung das Recht auf Bildung und die Schulgeldfreiheit verankert werden.